

Staaten und in Luxemburg sind die Ausgaben pro Primarschüler zwischen 7000 und 11 000 US-Dollar am höchsten.

Auch im Sekundar-I-Bereich liegen die Ausgaben pro Schüler in Deutschland mit 5667 US-Dollar im Jahr unter dem OECD-Mittel von 6089 US-Dollar. Für die Sekundarstufe II ab Klasse elf an allgemeinbildenden wie beruflichen Schulen weist der OECD-Bericht dagegen einen Betrag von 9835 US-Dollar aus. Höhere Ausgaben finden sich im internationalem Vergleich nur in Norwegen (11 500) und in der Schweiz (14 700).

Der deutsche Wert in der OECD-Tabelle wird allerdings durch den Einbezug von Ausgaben für das duale System verzerrt und gibt deshalb auch nur einen Trend gegenüber dem Primarbereich wieder.

Unter dem OECD-Mittel

Das deutsche Sparen bei der Bildung schlägt sich auch im Vergleich der Gesamtausgaben nieder: Mit einem 4,4 Prozent-Anteil der öffentlichen Mittel am Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland erst an 20. Stelle von 28 OECD-Staaten mit vergleichbaren Daten. Bezieht man die Aufwendungen der Wirtschaft für die berufliche Bildung mit ein, so liegt der Gesamtanteil öffentlicher wie privater Investitionen am BIP in Deutschland mit 5,3 Prozent nach wie vor deutlich unter dem OECD-Mittel von 5,8 Prozent. Spitzenreiter sind Island und die USA (7,4 bzw. 7,2 Prozent), gefolgt von Dänemark und Korea (jeweils 7,1 Prozent).

Der OECD-Bildungskoodinator *Andreas Schleicher* fasste bei der Präsentation des neuen Zahlenreports die Situation an den deutschen Schulen so zusammen: „Unterdurchschnittliche Ausgaben pro Schüler im Primar- und Sekundarbereich I, verbunden mit deutlich überdurchschnittlichen Lehrergehältern, werden in Deutschland durch hohe Lehrer-Schüler-Relationen und deutlich weniger Unterrichtszeit in den ersten Schuljahren sowie vergleichsweise geringere Ausgaben für Sachaufwendungen kompensiert.“

Lehrergehälter nicht zu hoch

Nach dem OECD-Vergleich liegt in Deutschland das Einstiegsgehalt eines Grundschullehrers bei 38 200 US-Dollar pro Jahr. Im Mittel aller OECD-Staaten liegt es bei 24 300 US-Dollar. Nur Lehrkräfte in Luxemburg verdienen am Karrierebeginn mit 44 700 US-Dollar besser als ihre jungen Kollegen in Deutschland. Auch nach 15 Dienstjah-

ren liegt das Lehrergehalt im Primarbereich in Deutschland mit 46 200 US-Dollar um mehr als ein Drittel über dem OECD-Schnitt von 33 300 US-Dollar.

Auch im Sekundar-II-Bereich gilt die deutsche Bezahlung laut OECD-Bericht als außerordentlich gut. Berufseinsteiger bekommen demnach in Deutschland 42 900 US-Dollar jährlich gegenüber 27 500 im OECD-Schnitt. Nur in der Schweiz und in Luxemburg erzielen Lehrer höhere Einkommen.

Anders als in früheren Jahren wurden die deutschen Lehrergehälter nicht von der Presse hochgespielt. Die GEW-Vizevorsitzende *Marianne Demmer* verwies dazu auf die im internationalen Vergleich nur geringe Dynamik der deutschen Lehrergehälter. Wenn man die durchschnittlichen Endgehälter der Lehrer in Deutschland vor der Pensionierung heranziehe, so würden diese nur an 9. Stelle liegen. Auch bestünden nach wie vor im Sekundar-I-Bereich zwischen Hauptschullehrern und Philologen erhebliche Unterschiede. Und auch beim Nettogehalt je Unterrichtsstunde verschöben sich die Gewichte. Insgesamt müsse man bei der OECD-Statistik beachten, das hier Grundgehälter verglichen würden. In vielen Ländern sei es jedoch üblich, dass Lehrkräfte regelmäßig zusätzlichen Unterricht erteilen oder vergütete Sonderaktivitäten übernehmen. Insofern stünden die Gehalts-Vergleiche auf keinem soliden Fundament.

Auch Schleicher räumte bei der Präsentation ein, dass die Möglichkeiten für Lehrer außerhalb Deutschlands, arbeitsbezogene Zulagen zu erhalten, deutlich größer seien. Die Gehaltsstruktur sei in Deutschland „inflexibel“.

Die durchschnittliche jährliche Zahl der (formal) zu leistenden Unterrichtsstunden beträgt laut OECD-Bericht für einen Primarstufenlehrer in Deutschland 782 Stunden – im OECD-Mittel 795 Stunden. Im Sekundar-I-Bereich und im Sekundar-II-Bereich liegen die entsprechenden Werte bei 735 und 684 Stunden (OECD-Mittel: 701 bzw. 661). Außer im Sekundarbereich II ist die zahlenmäßige Schüler-Lehrer-Relation in Deutschland ungünstiger als im internationalem Vergleich. Im Primarbereich kommen in der Bundesrepublik 18,7 Kinder auf eine Lehrkraft – im OECD-Mittel 16,5. Im Sek-I-Bereich sind dies 15,6 Kinder in Deutschland zu 14,3 Kindern im OECD-Mittel. Die deutschen Betreuungsverhältnisse im Primar- und Sekundar-I-Bereich sind damit noch geringfügig ungünstiger als 1998.

Max Loewe

Besser geht's nicht

GEW zum TVöD

Seit 2003, spätestens aber seit Februar 2005, war klar, dass es zu einem neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kommt. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite stimmten überein, dass der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) für Beschäftigte nicht mehr verständlich sei. Der neue „Tarifvertrag öffentlicher Dienst“ (TVöD) sollte übersichtlich, einfach strukturiert und leicht handhabbar sein. Am 13. September 2005 war es soweit: Der TVöD und die beiden Überleitungstarifverträge für den Bereich des Bundes und der Kommunen sind unterzeichnet und damit die Überleitungsbedingungen aus dem BAT in den TVöD fixiert worden.

Das neue Tarifrecht ist grundsätzlich anders als der BAT. Es gilt für rund 2,3 Millionen Beschäftigte – allerdings nicht für die der Länder. Die Länder hatten sich mit ihrem vereinbarungswidrigen Verhalten bei der Kündigung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie der Arbeitszeitregelung bewusst aus dem Neustrukturierungsprozess hinauskatapultiert. Das Lebensalter galt bisher als Aufstiegsprinzip innerhalb der Vergütungsgruppen. Jetzt soll sich der Aufstieg an Leistung und Berufserfahrung orientieren. Grundsätzlich ein richtiger Schritt. Noch fehlt jedoch ein wesentliches Element, nämlich die Entgeltordnung. Erst diese wird zeigen, ob der neue Tarifvertrag auf breite Akzeptanz bei den Beschäftigten stößt.

Die Überleitung in das neue Tarifrecht stand von Anfang an unter dem Motto, dass niemand etwas von seinen erworbenen Besitzständen verlieren sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, sind „alt“ und „neu“ verglichen worden. Idealtypische Verläufe wurden berechnet. Die so ermittelten Differenzen – genannt Expektanzen – werden künftig durch Strukturausgleiche kompensiert. Für jetzt noch nicht berücksichtigte Fälle sind Nachverhandlungen vereinbart – allerdings unter der Bedingung, dass mögliche Kostensteigerungen aus höheren Aus-



gleichszahlungen mit der Lohnrunde 2008 verrechnet werden. Im Klartext: Bisher nicht berücksichtigte Verluste können zwar später noch einmal aufgegriffen und nachjustiert werden, mindern aber mögliche Gehaltszuwächse im Jahr 2008.

Große Herausforderungen

Schon jetzt wird vielfach Kritik am TVöD laut. Dabei darf aber nicht verkannt werden, dass dies der Tarifvertrag ist, den die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der aktuellen Situation durchsetzen konnten. Bessere Ergebnisse sind künftig nur zu erreichen, wenn das Engagement der Betroffenen und ihre Bereitschaft, sich in Gewerkschaften zu organisieren, deutlich zunimmt. Dafür müssen die Gewerkschaften attraktive Angebote machen. Schon die Übertragung des TVöD auf den Bereich der Länder stellt die Gewerkschaften vor riesige Herausforderungen. Ob die Bundesländer mit ins Boot geholt werden können, ohne Arbeitskämpfungsmittel einzusetzen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Angesichts der Arbeitsmarktsituation und der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst, auch im Bereich von Bildung und Wissenschaft, müssen die Gewerkschaften Verhandlungs- und Durchsetzungsstrategien entwickeln, die über einen kurzen Warnstreik hinausgehen.

Kommt es zu einer großen Koalition, egal ob unter einem Kanzler oder einer Kanzlerin, fördert dies die Einheit der Länder und damit die Einsicht in die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen im öffentlichen Dienst nicht. Vor die-

sem Hintergrund müssen sich die Gewerkschaften auf Verhandlungen auch mit einzelnen Ländern vorbereiten, auch wenn das die schlechteste aller Varianten ist.

Die Einheitlichkeit des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst ist ein hohes Gut – für beide Seiten.

Auf Arbeitgeberseite ist diese Einsicht jedoch weitgehend verloren gegangen. Gerade angesichts des bereits bestehenden Fachkräftemangels – auch im Lehrerbereich – eine fatale Entwicklung. Sie ist einer irregeleiteten veröffentlichten Meinung über den Segen eines gnadenlosen Wettbewerbs zwischen allen Ländern und – noch besser – allen Schulen geschuldet. Eine gleichmäßige Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften in allen Ländern und Regionen ist Voraussetzung für die qualitative Weiterentwicklung des bundesdeutschen Bildungssystems. Sie ist nicht die einzige Voraussetzung, aber eine wesentliche. Dies zeigt ein Blick in die europäischen Nachbarländer, die schon sehr viel länger über den Zusammenhang zwischen Bildungsqualität sowie Arbeits- und Einkommensbedingungen der Lehrkräfte diskutieren und entsprechende Konsequenzen ziehen. Wir werden sehen, ob dies bei der nächsten Bundesregierung zu einem Erkenntnisgewinn führt.

Für die GEW ergeben sich neue Aufgaben – auch für ihr organisationspolitisches Profil. Durch die Bündelung tarif- und beamtenpolitischer Kompetenzen müssen die Voraussetzungen für erfolgreiche und an einheitlichen Grundsätzen ausgerichtete Verhandlungen mit den Ländern oder auch mit einzelnen Ländern geschaffen werden.

Ilse Schaad